



Samstag, 19.06.2021 - 02:00

🗨️ 2 min

Ende des Stellenabbaus bei Opel gefordert

Der Regionalausschuss des Groß-Gerauer Kreistags befasst sich mit einer Resolution zur Entwicklung im Rüsselsheimer Opel-Stammwerk, die noch überarbeitet wird.

Von *dirk*

KREIS GROSS-GERAU - Die rot-grün-rote Koalition will einen Kreistagsbeschluss erwirken, wonach sich das Gremium solidarisch mit den Beschäftigten, Auszubildenden und dem Betriebsrat des Rüsselsheimer Opel-Stammwerks erklären soll. In einem Resolutionsantrag heißt es: „Mit großer Besorgnis nimmt der Kreistag Kenntnis von den Berichten, dass innerhalb des Konzerns enormer Druck auf Beschäftigte ausgeübt werde und fordert die Geschäftsleitung daher auf, etwaigen Vorfällen entgegenzuwirken.“ Gefordert werde ein Ende des Stellenabbaus im Stammwerk. „Dazu gehören auch unbefristete Übernahmegarantien und Perspektiven für die Auszubildenden und die Besetzung aller Ausbildungsplätze.“

Der neugeschaffene Opel-Mutterkonzern Stellantis solle den angestoßenen Einsparprozess nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen und der Mitbestimmung vorantreiben: „Innovation, Veränderung und Erfolg erzielt man nur mit den Menschen und nicht gegen sie.“

Im Regionalausschuss des Kreistags wurde auf eine Abstimmung verzichtet. Die Koalition will auf Vorschlag von Marcus Kretschmann (CDU) versuchen, bis zur Kreistagssitzung am 28. Juni (14 Uhr/Bürgerhaus Mörfelden) einen gemeinsamen

Resolutionstext „aller demokratischen Fraktionen“, so Gerald Kummer (SPD), hinzubekommen. Soll heißen: Die AfD-Fraktion wird nicht daran beteiligt.

Geleitet wurde der Ausschuss vom einstimmig wiedergewählten Vorsitzenden Reiner Kiesel (SPD) aus Stockstadt. Sein Stellvertreter, ebenfalls einmütig gewählt, ist der Gernsheimer Heinz Adler (CDU).

Gina Renc (Linke/Offene Liste) sprach von sich häufenden Beschwerden der Opel-Belegschaft über den Mutterkonzern. „Dieser Zustand ist nicht tragbar“, sagte sie: „Es kann nicht sein, dass langjährige Mitarbeiter schikaniert und Auszubildende, die neu im Berufsleben sind, verunsichert werden.“

Die Freien Wähler unterstützen den Antrag, so Rolf Leinz. Die Resolution komme aber wohl zu spät. Schon seit 2017 laufe ein mit Stellenabbau verbundener Veränderungsprozess bei Opel: „Da dürften die meisten Würfel schon gefallen sein.“ Leinz regte an, den Resolutionstext zu ergänzen: Nicht nur Stellantis solle angesprochen werden, sondern auch die Landes- und Bundesregierung, die sich verstärkt für Mitarbeiterinteressen bei Opel einsetzen sollen. Gerald Kummer signalisierte, diesen Vorschlag in einen überarbeiteten Text aufzunehmen.

Kretschmann sieht die Erfolgsaussichten der Initiative nicht so pessimistisch wie Leinz – und äußerte die Hoffnung, dass es nicht zu spät sei. Deshalb unterstütze die CDU-Fraktion den Vorstoß.

Kenntnis genommen hat der Ausschuss vom fortgeschriebenen Förderprogramm des Kreises zur Anschaffung von Lastenrädern. Bereits 2020 veröffentlichte der Kreis eine solche Förderrichtlinie, wonach Privatleute aus dem Kreisgebiet einen Zuschuss von bis zu 1000 Euro erhalten konnten, wenn sie sich ein neues Lastenrad kaufen – egal, ob mit oder ohne Elektroantrieb. Mit dem letztjährigen Budget von 30 000 Euro wurden 30 Anschaffungen bezuschusst. Nun wird das Förderbudget auf 50 000 Euro erhöht.

Gerald Kummer und Rolf Leinz sehen in dem Programm einen begrüßenswerten lokalen Beitrag zum Klimaschutz und zur Mobilitätswende.

KOMMENTARE